

Abg. Waldästl führte aus, dass man als SPD-Kreistagsfraktion ebenfalls eine Anfrage zu diesem Thema gestellt habe, die von der Verwaltung beantwortet worden sei. Die Zukunft des Kinderklinikstandortes Sankt Augustin sei für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im Rhein-Sieg-Kreis von zentralem Interesse.

Man müsse dieses Thema unter drei Punkten diskutieren, nämlich hinsichtlich der aktuellen Ausgangssituation, der politischen Bewertung des Rhein-Sieg-Kreises sowie der Zukunftsperspektiven.

Die Ausgangslage sei klar. Man habe hier im Rhein-Sieg-Kreis eine international bekannte Klinik. Das Deutsche Kinderherzzentrum und die Kinderkrebsstation seien medizinische Aushängeschilder. Aufgrund der Schließung der Geburtsstation 2017, die im Dezember 2016 hier im Ausschuss bereits diskutiert und beraten worden sei, könne man rückblickend eine Rückzugsstrategie von Asklepios erkennen. Mit Prof. Assfour und Prof. Schneider würden zwei herausragende Mediziner den Standort Sankt Augustin verlassen, vermutlich könnten weitere folgen. Ebenso sei bekannt geworden, dass neun Pflegekräfte den Standort verlassen werden. Der Berichterstattung im Bonner Generalanzeiger habe man entnehmen können, dass die Schuld für das Problem aus Sicht von Asklepios beim Land mit seinem Investitionszuschuss für Baumaßnahmen an der Uniklinik Bonn liege. Dies sei die Geschichte, die Asklepios gerne erzähle, jedoch sei dies etwas zu kurz gegriffen.

In der Belegschaft gebe es massive Unzufriedenheit über Arbeitsbedingungen, Bezahlung sowie die konsequente Verweigerung der Verantwortlichen, Zukunftsprojekte in der Klinik anzugehen, was das medizinische Fachpersonal mehrfach vorgeschlagen habe. Die Vielzahl von Anrufen, E-Mails und der persönliche Kontakt in den letzten Wochen zeige, dass hier etwas im Argen liege.

Den Weg, den Asklepios hier kommunikativ einschlage, könne man als populistisch bezeichnen. Die anderen seien schuld, nur man selbst trage keinerlei Verantwortung. Die SPD-Kreistagsfraktion könne sich an dieser Stelle einen relativ schlanken Fuß machen und in den Chor mit einstimmen, es seien alles die Fördermittel des Landes schuld. Dies werde man jedoch nicht tun. Man müsse sich die Faktenlage anschauen. Das Land NRW habe entschieden, über mehr als fünf Jahre über 340 Mio. € am Standort Bonn zu investieren, allerdings beziehe sich nur ein Teil auf das neue Eltern-Kind-Zentrum. Zur Wahrheit gehöre auch, dass es an der Kinderklinik Bonn bereits heute eine Kinder-Herz-Chirurgie gebe. Es sei kein neuer Zweig, der dort entstehe.

Bei der Bewertung stelle sich auch die Frage, was das Deutsche Kinderherzzentrum mit dem Rest der Klinik und deren Zukunftsperspektiven zu tun habe.

Asklepios vermische hier ganz klar die eigene unterlassene Instandhaltung im Bereich der Kinderklinik mit einer sehr guten baulichen, räumlichen Situation im Kinderherzzentrum. Dies sei ein Ablenkungsmanöver. Dass die Klinikmitarbeiterinnen und -mitarbeiter reihenweise den Klinikstandort Sankt Augustin verlassen würden, sei weder auf das Land NRW noch auf die Universitätsklinik zurückzuführen, sondern der Situation geschuldet, wie die Klinik mit den Beschäftigten umgehe. Er zitierte aus dem Generalanzeiger: *„Da wir, anders als die öffentlich-rechtlichen Häuser nicht in den Genuss eines jährlichen Verlustausgleiches durch die Öffentliche Hand kommen, sind wir bei*

*der Vergütung unserer Mitarbeiter leider gezwungen, der Leistungsfähigkeit der Klinik Rechnung zu tragen.“*

Das habe der Konzernsprecher von Asklepios, Herr Rune Hoffmann, gesagt.

Wer sich jedoch mit der Klinikfinanzierung auseinandergesetzt habe, der wisse, dass die Leistungen für alle Klinikbetreiber gleich vergütet werden. Die Aussage in Bezug auf die Beschäftigten zeige ein fatales Bild. Weil man den Laden nicht wirtschaftlich betreiben könne, müssten die Beschäftigten darunter leiden. Dies sei für ihn als Sozialdemokrat nicht das Verständnis von fairen Arbeitsbedingungen.

Man könne als Rhein-Sieg-Kreis den Konzern nicht zu einer Entscheidung zwingen. Als SPD-Kreistagsfraktion sei man der Auffassung, dass Kreisverwaltung und Landrat Schuster eine ganz besondere Verantwortung für die Region hätten. Die Antwort auf die gestellte Anfrage rufe daher etwas Verwunderung hervor.

Es sei vonseiten der Verwaltung geantwortet worden, dass die ambulante medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen werde durch Selbstverwaltung (Kassenärztliche Vereinigung und Krankenkassen) erbracht werde. Bereitstellung und Organisation würden vollständig in der Verantwortung dieser beiden Partner liegen. Diese Bewertung sei rechtlich richtig, aber helfe weder den Beschäftigten noch den Patienten sowie den Familien der betroffenen Kinder. Der Rhein-Sieg-Kreis brauche einen sehr klaren Plan, wie die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen sichergestellt werden könne. Auf andere Verantwortliche zu verweisen helfe nicht weiter. Als Verantwortliche im Fachausschuss müsse man hier handeln und klare Arbeitsanweisungen an die Kreisverwaltung erteilen.

Fraglich sei, welche Zukunftsperspektiven es für den Standort Sankt Augustin gebe. Nach den vorliegenden Informationen und Gesprächen werde Asklepios nicht nur das Kinderherzzentrum schließen, sondern auch weitere Bereiche relativ kurzfristig in Frage stellen. Es sei eine Frage der Zeit, bis weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich wegbewerben würden und Asklepios mangels Arbeitskräften weitere Bereiche schließen müsse.

Dies sei eine heute vorhersehbare Entwicklung. Da frage man sich, wie die Verwaltung sagen könne, man sei nicht zuständig, dies müssten andere machen.

Als SPD-Kreistagsfraktion fordere man daher eine klare Perspektive für den Standort als Medizinisches Fachzentrum für den rechtsrheinischen Kreis in der Kinder- und Jugendmedizin. Den Bürgerinnen und Bürgern sei nicht zu vermitteln, dass aufgrund der Profitgier des Konzerns Mitarbeiter unter schlechten Bedingungen arbeiten müssten und das Leistungsangebot eingeschränkt werde. Die öffentliche Hand habe einen Auftrag. Die Uniklinik sei dafür bekannt, dass sie mit verschiedenen Trägern gut kooperiere und gemeinsame Angebote mache.

Es sei notwendig, dass kurzfristig Gespräche zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis, der Stadt Bonn, der Stadt Sankt Augustin, der Konzernleitung von Asklepios und der Leitung des Universitätsklinikums Bonn unter Beteiligung des Landes geführt werden, um ein Zukunftskonzept für den Klinikstandort in Sankt Augustin zu entwickeln. Die Kinderklinik sei über viele Jahre Lehrkrankenhaus des Universitätsklinikums Bonn gewesen.

Es sei nicht abwegig, Gespräche in diese Richtung zu führen, wie eine Kinderklinik mit internationalem Ruf wieder in öffentliche Hand zurückkommen könne oder ob es nicht eine Bereitschaft der Universitätsklinik Bonn gebe, eine Außenstelle in Sankt Augustin zu errichten. Dies seien die Fragen, die man als Kreispolitik verantwortlich stellen und die man mit den Bonnern bereden müsse, um die Zukunft dieses Standortes sicherzustellen. Dies sage er bewusst nicht politisch, sondern aus reinem Interesse für die Menschen im Rhein-Sieg-Kreis. Der Klinikstandort Sankt Augustin mit der Notfallambulanz werde dringend benötigt.

Abg. Schmitz stimmte zu, dass jede Art von medizinischer Versorgung für den Rhein Sieg-Kreis sinnvoll und gut sei. Jeder mögliche Erhalt sei im Interesse aller.

Es gebe verschiedene verantwortliche Partner, sodass man sich fragen müsse, welche Möglichkeiten und Handlungsoptionen man tatsächlich habe. Es obliege dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Landrat, eine Moderatorenrolle einzunehmen. Darüber hinaus könne man in diesem Kontext nichts tun. Er habe die Antwort der Verwaltung als Darstellung der Handlungsoptionen verstanden. Er frage sich, ob eine öffentliche Diskussion diesem Ziel, welches man verfolge, nicht schade. Die Attraktivität des Arbeitgebers werde dadurch nicht gesteigert. Diese Punkte müsse man im entsprechenden Rahmen diskutieren, aber eine große und breite öffentliche Diskussion könne dem gemeinsamen Ziel mehr schaden als helfen.

Im Kern sei man sich einig, dass der Landrat, bzw. die Verwaltung in der Moderatorenrolle aktiv sein sollten. Man müsse jedoch so ehrlich sein und zugeben, dass man keine wirkliche Handlungsoption habe. Die Enttäuschung sei in jeder Fraktion vorhanden, man müsse hier jedoch sachlich handeln, um nicht in falsche Fahrwasser zu geraten.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse, wies darauf hin, dass auch Fördermittel aus Steuergeldern geflossen seien. Daher sei es gut, darüber zu sprechen, wo diese verblieben seien.

SkB Ihrig machte klar, dass man nicht nachvollziehen könne, dass der Rhein-Sieg-Kreis keine Gespräche mit der Konzernleitung in Hamburg geführt habe. Man rege ein Treffen der Gesundheitskonferenz an, wo diese Gespräche nachgeholt werden, um Möglichkeiten auszuloten, wie man hier am Ort der Asklepios Klinik helfen könne.

SkB Droste brachte ein, dass man ohne große Handlungsoption dastehe. Die Asklepios Klinik würde mit ihren Aussagen die Vorwürfe bestätigen.

Nach deren Auffassung bekämen sie nicht so viel Geld wie andere, hätten Gewinne, welche sie nicht veröffentlichen müssten und würden sie im gleichen Maße einstellen, wie sie Fördermittel bekämen. Verhandlungen mit dem Kreis auf dieser Ebene werde es nicht geben. Die große Politik habe hier völlig falsche Weichen gestellt, sodass man hier handlungsohnmächtig dastehe.

Sozial- und Gesundheitsdezernent Schmitz erläuterte, dass der Rhein-Sieg-Kreis sich als untere Gesundheitsbehörde nicht in der Moderatorenrolle befinde.

Es sei rechtlich festgelegt, dass die Bezirksregierung die Moderatorenrolle einzunehmen habe.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sei in der Diskussion mit der Bezirksregierung.

Ltd. KMD Dr. Meilicke stellte klar, dass man als untere Gesundheitsbehörde die Verantwortung vor Ort trage. Ausgenommen seien jedoch alle planerischen Tätigkeiten in Krankenhäusern. Hierauf habe man keine Einflussmöglichkeit. Die Krankenkassen würden mit den Trägern der Krankenhäuser verhandeln, wer wie viele Betten bekomme. Im Herbst werde es Gespräche zwischen der Uniklinik Bonn, der Asklepios Kinderklinik Sankt Augustin und drei weiteren Krankenhäuser geben. Hierbei werde eine Einigung erzielt. Diese werde als Vorschlag dem Land NRW vorgelegt, welches diesen dann in den Krankenhausplan einbringe.

In diesen Prozess könne man als Kreisverwaltung nicht eingreifen. Es sei eine unternehmerische Entscheidung, ob Asklepios in Sankt Augustin weitermache oder nicht.

Sozial- und Gesundheitsdezernent Schmitz ergänzte, dass die meisten Träger der Krankenhäuser privat seien. Die Finanzierung einer Universitätsklinik sei völlig anders aufgestellt.

In Bonn gebe es die meisten Krankenhausbetten, die Beteiligten der Selbstverwaltung würden nur auf die Gesamtzahl schauen.

Es reiche dem Rhein-Sieg-Kreis in Bezug auf die Grundversorgung nicht, dass es drei Standorte in Köln sowie zwei in Bonn gebe. Das Ministerium habe mitgeteilt, dass die Krankenhausplanung, die jetzt umgesetzt werde, bereits von der Vorgängerregierung beschlossen worden sei. Wie die 350 Mio. € im Einzelnen aufgeschlüsselt worden seien, könne man nicht sagen.

Die Asklepios Klinik sei für den Rhein-Sieg-Kreis sehr entscheidend, aber man sei an die Entscheidungen der großen Politik gebunden.

SkB Ihrig teilte mit, dass sie den Eindruck habe, dass man vonseiten der Verwaltung die Klinik bereits aufgegeben habe. Wenn man nicht nach neuen Wegen suche, werde die Klinik eines Tages nicht weiterbestehen können. Sie beantragte, ein Treffen der Gesundheitskonferenz einzuberufen, um neue Schritte zu planen.

Sozial- und Gesundheitsdezernent Schmitz stellte klar, dass die kommunale Gesundheitskonferenz keine Beschlüsse fassen könne, dort würden lediglich Informationen weitergegeben.

SkB Ihrig erwiderte, dass die Verwaltung einen Gedankenaustausch mit entsprechenden Personen anstreben solle.

Abg. Waldästl merkte an, dass man Impulse setzten müsse. Die SPD werde auf jeden Fall tätig werden.

Abg. Schmitz führte aus, dass die Verwaltung eine Moderation übernehmen sollte. Die Verwaltung habe realistisch die Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, dies solle sie aber nicht davon abhalten, dort entsprechend aktiv zu sein.

Sozial- und Gesundheitsdezernent Schmitz brachte ein, dass man natürlich alles in der Macht stehende tue. Man sei im Gespräch mit dem MAGS NRW und der Asklepios Klinik. Aber man kenne auch seine Rolle und könne nur versuchen, Menschen an einen Tisch zu bringen.

SkB Dr. Fischbach erfragte, ob es vonseiten der Klinik bestimmte Forderungen gebe.

Ltd. KMD Dr. Meilicke erläuterte, dass man seitens der Fachabteilung Asklepios mit großem Aufwand beim Umbau beraten habe. Die Abteilung für Hygiene habe Baupläne bewertet und einen Hygieneplan vereinbart. Man habe gemeinsam Kosten kalkuliert und einen Antrag unterstützt, der 2014/2015 beim Land gestellt worden sei. Bis 2018 wurden alle Förderanträge von Asklepios durch das Land NRW nicht bewilligt. Unter der damaligen Regierung habe man das individuelle Fördersystem abgebrochen, danach sei ein pauschales Förderprogramm aufgelegt worden. Jede Klinik habe nur noch kleine Instandhaltungssummen erhalten. Mit diesen Beträgen habe sich Asklepios nicht in der Lage gesehen, bauliche Veränderungen vorzunehmen. Hier habe man verwaltungsseitig viel Energie aufgewandt und Unterstützung angeboten.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse, machte deutlich, dass öffentlicher Druck durchaus notwendig sei. Sie forderte alle zum Handeln auf, da die ärztliche Versorgung für Kinder keinem gleichgültig sein dürfe.